



aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Betriebsrentner werden entlastet

Ab 1.1.2020 gilt für Krankenkassenbeiträge von Betriebsrentnern ein Freibetrag von 159,25 Euro. Erst oberhalb dieser Summe wird der volle Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung fällig. Jeder Rentner, dessen Betriebsrente über dem Freibetrag liegt, wird damit bei einem durchschnittlichen Krankenkassenbeitragssatz von 15,7% um 25 Euro pro Monat entlastet. Für alle, deren Betriebsrente unter 318,50 Euro pro Monat liegt, wird praktisch der halbe Beitragssatz auf die Rente erhoben, wie dies bis 2004 der Fall war. Das betrifft 60% aller Betriebsrentner.

Die Koalition hat sich auf diese Neuregelung geeinigt, obwohl dieses Thema nicht Bestandteil des Koalitionsvertrages war. Die neue Freibetragsregelung kosten die Krankenkassen rund 1,2 Milliarden Euro pro Jahr. Die Mindereinnahmen sollen durch einen höheren Zuschuss aus dem Gesundheitsfonds und den finanziellen Reserven der Krankenkassen finanziert werden. ■

Meisterpflicht kommt zurück

Der Bundestag hat beschlossen, zwölf derzeit zulassungsfreie Handwerke wieder zulassungspflichtig zu machen. Dies betrifft gefahrgeneigte oder besonders kulturell relevante Gewerke.

Mit der Neuregelung wird eine rot-grüne Reform aus dem Jahr 2004 teilweise rückgängig gemacht. Damals wurden 53 Handwerksberufe zulassungsfrei. Dies führte zwar zu vielen Betriebsgründungen, es gab aber auch negative Folgen: Neben einem teilweisen Absinken der Qualität war das vor allem der drastische Rückgang der Azubi-Zahlen, denn nur Meister dürfen ausbilden. ■

Besserer Schutz von Jugendlichen vor Tabakprodukten und E-Zigaretten

Am Dienstag hat die Unionsfraktion ein Positionspapier zum Verbraucher- und Gesundheitsschutz bei Tabakprodukten und E-Zigaretten be-

schlossen. Die Fraktion will die Werbung für Tabakprodukte und E-Zigaretten noch weiter begrenzen, um insbesondere Jugendliche zu schützen. Die Wissenschaft belegt: Je mehr Kontakt Jugendliche mit Tabakwerbung haben, desto häufiger beginnen sie auch mit dem Rauchen. Zukünftig soll es im öffentlichen Raum keine Plakatwerbung für Zigaretten, Tabakerhitzer und Co. mehr geben. Denn gerade an Bushaltestellen und auf U-Bahnsteigen halten sich viele Jugendliche auf. Sie finden das Positionspapier zum Download unter www.cdusu.de/publikationen. Zentrale Inhalte sind ein stufenweises Auslaufen der Plakatwerbung für Tabakprodukte und E-Zigaretten und eine Beschränkung der Kinowerbung auf Erwachsenenfilme. ■

Bundestag schafft Nachtsitzungen ab

Nachtsitzungen bis in den frühen Morgen werden im Bundestag künftig der Vergangenheit angehören. Alle Fraktionen - mit Ausnahme der AfD - haben einem Vorschlag von CDU und CSU zugestimmt, wonach die Debattenzeit vieler Tagesordnungspunkte von 38 auf 30 Minuten reduziert wird und fünf Tagesordnungspunkte bereits am Mittwochnachmittag debattiert werden. Nachtsitzungen waren vor allem für die vielen Mitarbeiter des Bundestages ein unhaltbarer Zustand, denn auch Stenographen, Saaldiener, Polizei, Verwaltung und Abgeordnetenmitarbeiter musste bis in die späte Nacht arbeiten. ■

Besuchergruppe in Berlin

50 Besucher aus Pforzheim und dem Enzkreis konnte Gunther Krichbaum am Mittwoch im Reichstag zu einer Diskussion empfangen. ■

